

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/147

4. August 1977

Worum es wirklich geht

Scheinbare und wirkliche Felder der Auseinandersetzung
mit dem Terror

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Jetzt muß gehandelt werden

Plädoyer für eine konzertierte beschäftigungspolitische
Aktion

Von Egon Lutz MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Die EG auf dem Wege zum Protektionismus

Umschulungs- und Umsetzungsprogramm mit starken finanziellen
Mitteln durchführen

Von Horst Haase MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 5 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 99 26/39
Telex: 68 88 648-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 106-112, Telefon: 3768 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Worum es wirklich geht

Scheinbare und wirkliche Falder der Auseinandersetzung mit dem Terror

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Mit der brutalen Ermordung Jürgen Pontos hat der Terror in der Bundesrepublik sein 18. Opfer gefordert - nach Siegfried Buback, Georg Wurster und Wolfgang Goebel das vierte in diesem Jahr. Alle, die das Feld kennen, wissen, daß weitere Mordanschläge folgen werden. Es kann nicht verwundern, daß die Debatte um die wirksamste Bekämpfung des Terrors angesichts dieser Sachlage von Neuem aufflammt. Dabei droht Verwirrung. Wesentliches vermengt sich mit weniger Wichtigem, ja mit Nebensächlichem, Rationales mit augenblicklichen Emotionen.

Manche meinen, die Änderung und Verschärfung von Gesetzen sei das Entscheidende. Das ist ein Irrtum. Natürlich muß die Rechtsordnung dort geändert werden, wo sich wirkliche Mängel zeigen. Deshalb tritt die Bundesregierung für eine Straffung und Beschleunigung der sogenannten Großverfahren, für eine noch effektivere Regelung des Ausschlusses verdächtiger Verteidiger und für eine Verschärfung der Mindeststrafe für unerlaubten Waffenbesitz ein. Aber dies und erst recht darüber hinausgehende allgemeine Strafverschärfungen werden für sich allein das Norden nicht beenden. Wenn ein fanatischer Terrorist mordet, so weiß er ohnehin, daß ihn lebenslange Freiheitsstrafe erwartet. Ihn beeindruckt es nicht, wenn beispielsweise die Höchststrafe für Geiselnahmen, bei denen die Geisel nicht ermordet wird, statt fünfzehn Jahren zwanzig Jahre betragen würde. Außerdem: Drakonische Strafverschärfungen auf dem Papier waren in der Geschichte oft genug ein Strohalm, nach dem Staaten griffen, die nicht mehr stark genug waren, das geltende Recht durchzusetzen.

Wichtiger als die Gesetzesänderung ist darum für uns der entschiedene Gesetzesvollzug. Dazu gehört auch, daß die politisch Verantwortlichen die Staatsorgane, die im Kampf gegen den Terror ihre Pflicht tun, unterstützen und notfalls gegen Angriffe verteidigen. Die durch pauschale Beschimpfungen und Verdächtigungen ausgelöste Verunsicherung kann durch mehr Geld und mehr Technik nicht wettgemacht werden. Und solche Beschimpfungen - von ihnen, nicht von ernsthafter Kritik ist die Rede - gab es mehr als genug, etwa gegenüber den Angehörigen der Verfassungsschutzämter, die man ganz generell als eine "ernste Gefahr für die Demokratie" bezeichnete. Schließlich sind das die gleichen Leute, von denen man erwartet, daß sie ohne Rücksicht auf ihre eigene Gefährdung zum Schutz eben jener Demokratie ihre Anstrengungen zur frühzeitigen Erkennung terroristischer Aktivitäten vervielfachen.

Die tatsächliche Entscheidung aber fällt im Bereich der politisch-moralischen Auseinandersetzung mit dem Terror und seiner Sympathisanten. Hier sind

alarmierende Gefahrenzeichen nicht zu übersehen. Sympathie für den politischen Mord, heimliche oder gar offen bekundete Freude über den gewaltsamen Tod eines Menschen - das gab es vor den widerwärtigen Buback-Nachrufen in einer deutschen Demokratie zuletzt bei der Ermordung Erzbergers und Rathenaus und bei den Potempa-Mördern des Jahres 1932. Es muß klar ausgesprochen werden: Wer den Mescalero-Text spitzfindig verteidigt wie die Berliner und Bremer Hochschullehrer, wer ihn mit scheinheiligen Redaktionsvorspannen nachdruckt, begibt sich in eine Position, die vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Erfahrungen keinerlei Toleranz verdient, sondern schärfste Ablehnung herausfordert.

Wir fragen uns voller Sorge: Woher kommt es, daß immer wieder junge Menschen, in ihrer großen Mehrzahl aus sogenannten bürgerlichen Familien, die - vielleicht aus Überschwang und generationsbedingtem Protest - an Hausbesetzungen, Sprengungen von Sitzungen oder Versammlungen oder an sogenannten Anti-Folter-Kampagnen teilgenommen haben, zu Gewalttätern und Mördern werden? Das ist nicht allein, aber auch die Schuld derer, die sich den Mantel elitärer Intellektualität Überwerfen. Die mit ihrer maßlosen Verzerrung und ihrer ebenso maßlosen Kritik der Wirklichkeit unseres Landes der Gewaltanwendung den Schein der ethischen, ja sogar der theologischen Rechtfertigung leihen. Die mit einer subtilen Gewalttheorie, die haarspalterisch zwischen der Gewalt gegen Sachen und der gegen Menschen zu unterscheiden versucht, und einem kalten Haß gegen das Bestehende jede Reformanstrengung verhöhnen und so junge Menschen in die Sackgasse des Terrorismus treiben.

Es ist wohl wahr, daß es bei der Prüfung der Verfassungstreue junger Bewerber manchen Exzeß und manchen Mißbrauch gegeben hat. Mit Recht hat das Bundesverfassungsgericht vor Übertreibungen gewarnt. Aber warum Hochschullehrer, die in solchem Maße intellektuelle Schuld auf sich laden, weiterhin Beamte des Staates sein sollen, den sie so fanatisch und subtil zugleich bekämpfen, ist schlechterdings nicht einzusehen. Peter Glotz hat die Verfassung auf seiner Seite, wenn er diese Herren, die aus der Sicherheit einer privilegierten Existenz agieren, auffordert, den Staatsdienst zu verlassen. Die Väter des Grundgesetzes wußten, warum sie den Artikel, der von der Freiheit der Forschung und der Lehre handelt, den Satz beigaben: "Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung." Aber der Aufforderung muß die Tat folgen; die auf Recht gestützte, von Gerichten nachprüfbare Entscheidung. Dies ist nicht zuletzt auch eine Frage der Selbstachtung unseres Staates, unserer auf dem Grundkonsens der Verfassung ruhenden Gemeinschaft.

Das alles ist keine Absage an Reformen, an notwendige Veränderungen, an geistige Freiheit und Liberalität. Das ist auch keine Aufforderung zu unbeweglicher Rundumverteidigung oder reaktionärer Verhärtung. Es ist vielmehr ein Appell zur Offensive gegen den Terror auf den Feldern, auf denen er geschlagen werden kann. Ja, auf denen er geschlagen werden muß, wenn die Chance für eine Politik der Reformen gewahrt bleiben soll.

(-/4.8.1977/ks/ja)

+ + +

Jetzt muß gehandelt werden

Plädoyer für eine konzertierte beschäftigungspolitische Aktion

Von Egon Lutz MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der
SPD-Bundestagsfraktion

Wie man die Juli-Zahlen des Arbeitsmarktes auch drehen und wenden mag: Sie sind nicht nur unbefriedigend, sondern signalisieren saisonbereinigt ein langsames, aber doch spürbar wieder-Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Zwei Monats-Ergebnisse sind zwar noch kein Trend, gleichwohl darf man die Entwicklung nicht auf die leichte Schulter nehmen. Schon ein Einfrieren des derzeitigen Arbeitslosensockels wäre schlimm, eine weitere Verschlechterung müßte zu erheblichen gesellschaftspolitischen Verwerfungen führen.

41.700 zusätzliche Arbeitslose zählten die Statistiker der Bundesanstalt für Arbeit im Juli, das sind 28.000 mehr als im Vorjahres-Monat. Die Gesamtzahl der Stellungssuchenden beläuft sich jetzt auf 972.600, die Quote liegt bei 4,3 Prozent. Dafür gibt es saisonale Gründe zuhauf: In den Juli-Zahlen sind die Quartalsentlassungen zum 30. Juni 1977 enthalten. In der Urlaubspause ist die Einstellungsbereitschaft der Personalbüros gering. Eine wachsende Zahl von Schulentlassenen drängt auf den Arbeitsmarkt (von dem ein großer Teil erst nach der Sommerpause ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis antritt). Viele junge Menschen haben ihre Ausbildung abgeschlossen, sind aber nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen worden. Und derlei Gründe mehr. Schon im August bessert sich erfahrungsgemäß die Lage wieder. Aber sie bessert sich eben auf zu hohem Niveau. Das macht den Juli-Arbeitsmarkt politisch so unerfreulich.

Fast jede Einzelposition der Statistik bestätigt das Vorhergesagte: 96.364 Jugendliche unter 20 Jahren suchen eine Arbeit, das sind 16.000 mehr als im Vormonat - und genau in dieser Zahl sind jene registrierten Stellungs-suchenden gestiegen, die sich, von der Schule kommend, beim Arbeitsamt gemeldet haben. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen liegt nunmehr bei 4,5 vH und damit um 0,6 Punkte über dem Vorjahreswert. 465.000 Männer (12.000 weniger als im Vorjahresmonat) sind arbeitslos gemeldet, aber 507.700 Frauen (40.000 mehr als im Juli 1976) verdüstern die Statistik. Die Beschäftigungssituation der Frauen hat sich noch einmal deutlich verschlechtert. Während 3,3 Prozent aller männlichen Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz suchen, sind es bei den Frauen mittlerweile wieder sechs vH. Rund 40.000 Schwerbehinderte sind zur Zeit arbeitslos gemeldet und auch hier deuten die Zeichen eher auf ein Ansteigen. Die Ausländer-Erwerbslosigkeit dagegen ging spürbar zurück. 75.000 Stellungssuchende wurden registriert, innerhalb eines Monats zehn von 100 weniger. Leider kann die Bundesanstalt nicht aufschlüsseln, woran das liegt: an großer Mobilität, an verstärkter Rückwanderung oder - was zu vermuten ist - an beidem?

Die Lage auf den branchen-spezifischen Teilarbeitsmärkten korrespondiert mit den Globalzahlen. Günstigere Werte (wenn auch saisonal bedingt nur mäßig)

melden die Bauberufe. Bei den Metall- und Elektrikerberufen gab es kaum meßbare Verschiebungen (auch das befriedigt nicht) und in den Büro- und Verwaltungsberufen sowie bei den Warenkaufleuten wurden 22.500 mehr Arbeitslose registriert. Das lag nun wieder deutlich (nämlich um 5.000) über dem Vorjahresmonat.

Häufig nicht beachtet, aber von Monat zu Monat gewichtiger werdend, ist bei insgesamt stagnierendem Arbeitsmarkt der lebhaftere Austauschprozeß, der trotzdem stattfindet. 85.700 Arbeitnehmer wurden im Juli 1977 arbeitslos (35.900 mehr als im Juli des Vorjahres). Weit über die Hälfte fand eine neue Beschäftigung. Das kann nur heißen, daß sich die Unternehmen immer hemmungsloser von leistungsgeminderten Beschäftigten trennen und die ungünstige beschäftigungspolitische Gesamtsituation zu einer qualitativen Verbesserung ihres Personalbestandes nutzen. Die ebenfalls heute bekanntgegebene Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit bestätigt diesen Verdacht. Das bedeutet im Klartext: Bei den Arbeitsämtern sammeln sich die "schlechten Risiken", die Vermittlung Leistungsgeminderter wird immer schwieriger. Arbeitslosigkeit bestätigt sich und wird ohne eigenes Verschulden zum Dauerschicksal. Privatwirtschaft und öffentliche Hände huldigen offensichtlich dem gleichen Prinzip. Ein "schlechtes Risiko" kann man wegen mangelnder oder nicht gefragter beruflicher Qualifikation, auf Grund des Alters, wegen Behinderung oder gesundheitlicher Schädigungen oder aus einer Kombination der vorgenannten Gründe werden. In Zeiten der Vollbeschäftigung gab man auch diesen Arbeitnehmern eine Chance. Heute werden sie gnadenlos "ausgemustert". Wenn unsere Gesellschaft dies sanktioniert, hat sie jeden Anspruch darauf verloren, human und sozial genannt zu werden.

Fazit: Die Zeit ist überreif für eine umfassende konzertierte beschäftigungspolitische Aktion. Keinem Arbeitslosen ist damit geholfen, daß in fast allen politischen Parteien und bei den gesellschaftlichen Gruppen Programme entwickelt und diskutiert werden, die dann wieder bei anderen Gruppierungen Gegenprogramme auslösen. Bund, Länder und Gemeinden, die Vertreter der öffentlich beherrschten Unternehmen, der Privatwirtschaft und der Gewerkschaften müssen sich auf gemeinsame Leitlinien verständigen und danach handeln.

Zu prüfen wäre beispielsweise: Wie kann die konjunkturelle Lage belebt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefördert werden? Wo kann die Privatwirtschaft, wo der öffentliche Dienst seinen Beitrag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung leisten? Auf welchem Wege ist die Frauenerbeitslosigkeit, auf welchen Wegen der Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten zu begegnen? Wie beseitigt man die ständig steigende Diskrepanz zwischen Nachfrage- und Angebotsstruktur auf dem Arbeitsmarkt? Man sieht: Fragen gibt es genug. Auch Lösungsmöglichkeiten werden in Fülle angeboten. Jetzt kommt es auf ein konzertiertes Handeln an. Selbst wenn dies möglich wäre, könnte man nur eine allmähliche Besserung erreichen. Wenn nicht, wird's finster! (-/4.8.1977/ks/ja/bcn)

+ + +

Die EG auf dem Wege zum Protektionismus

Umschulungs- und Umsetzungsprogramm mit starken finanziellen
Mitteln durchführen

Von Horst Haase MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Krisen schütteln die Wirtschaft der EG im Bereich Textil, Kohle, Stahl und Schiffsbau. Der französische Sprecher des Schiffsbauwesens, wie auch der Präsident der Stahlindustrie kritisieren die mangelnde "Schutzbereitschaft" der europäischen Gemeinschaft gegenüber Importen aus Drittländern. Der Präsident der englischen Kohlenminen fordert Schutz vor Importen aus Drittländern. Die Textilindustrie wendet sich gegen Dumpingpreise. Als der große Gewinn gemacht wurde, hat keiner nach dem Staat gerufen. Nun wird vergessen, daß in Europa jeder sechste Arbeitsplatz vom Export abhängig ist. 1/4 der gesamten Produktionen in der EG geht in den Export. Die Amerikaner, die Japaner, aber auch die Länder der Dritten Welt werden ihrerseits Importquoten festlegen, wenn wir ihren Export in die EG behindern.

In der Textilindustrie hat von 1970 auf 76 in der Bundesrepublik das Produktionsergebnis je Beschäftigten um 57 Prozent zugenommen. Die Anzahl der Mitarbeiter ging jedoch in der gleichen Zeit von 500.000 auf 340.000 zurück. Der Umsatz stieg von 24 auf 29 Milliarden DM. Das zeigt, daß es auch ohne Protektionismus geht, wenn es auch im Beschäftigungsbereich Opfer kostet. Hier müssen aber arbeitsmarktpolitische Maßnahmen helfen.

Im Stahlbereich geht die Brüsseler Kommission den falschen Weg. Sie verfügt Mindestpreise (bis jetzt nur im Bereich Betonstahl) und Produktionsquoten. Länder der Dritten Welt werden ihrerseits Importquoten festlegen, wenn wir ihren Export in die EG behindern. Die Folge von höheren Mindestpreisen ist die, daß billiger produzierende Drittländer mit mehr Profit auf dem europäischen Markt verkaufen und mit diesem Gewinnpolster den Wettbewerb auf anderen Teilmärkten der Welt gegen unsere Stahlindustrie verschärfen. Die großen europäischen Stahlabnehmer lassen sich heute schon über Drittländer, wie die Schweiz, Österreich, Norwegen unter Umgehung der erhöhten Mindestpreise den Stahl der europäischen Stahlwerke zu bisherigen Minimalpreisen liefern. Das Loch ist nicht zu stopfen, weil Exporte in Drittländer von Mindestpreisregelungen nicht betroffen sind.

Dafür hat die Kommission jetzt schon 28 Kontrolleure. Der Verwaltungsapparat wird voll aufgebläht, ohne daß Erfolge eintreten werden. Schließlich werden die Produktionsquoten den Marktangleichungsprozeß völlig verzerren. Im übrigen werden durch die "stillen Subventionen" (soweit die Mindestpreisregelung wirkt, zahlt ja der Verbraucher höhere Preise) die Mißwirtschaft in so manchen Stahlunternehmen nur unzureichend korrigiert.

Dafür wird der Ruf nach Einfuhrbeschränkungen und höheren Subventionen immer lauter werden. Den Arbeitnehmern ist nicht damit gedient, daß sie subventionierte Arbeitsplätze erhalten. Wichtig wäre, finanzielle Hilfen unter strikten Auflagen zur Strukturverbesserung an die Stahlindustrie zu geben, daneben aber ein Umschulungs- und Umsetzungsprogramm für ausscheidende Arbeitnehmer in europäische Solidarität mit starken finanziellen Mitteln durchzuführen. In diese Richtung müßte der Weg gehen. Die Bundesregierung und die französische Regierung wollen offensichtlich in dieser Richtung voranschreiten. Es bedarf der politischen Unterstützung.

(-/4.8.1977/ks/10)